

Erscheint jeden Dienstag in Oppeln O./Schl.
Bezugspreis 1/4-jährlich 1.50 Mk. mit Abtrag 1.62 Mk.
Insertionspreis: 50 Pf. die siebengespartene Petitzeile.

Geschäftsstelle: Oderstr. 6. (Buchhandlung der
„Gazeta Opolska“. — Verkauf: Buch- und Papier-
handlung Karlstr. 1, Krakauerstr. 41.

WEISSE



ADLER

DER WAHRHEIT DIE EHRE.

Wenn das Geld im Kasten klingt...

I.

In den beiden letzten Nummern des „Weissen Adlers“ haben wir Dokumente abgedruckt, welche der „revolutionären“ Tätigkeit des deutschen Generalstabes in Russland alle Ehre machen. Der Eifer, mit welchem die militärischen Behörden des monarchistischen Deutschland für die Sache der Sowjetregierung arbeiteten, ist wirklich anerkennenswert. Man möchte fast glauben, dass hier hinter feldgrauen Waffenrocken echt revolutionäre Herzen fanatischer Volksbeglucker schlügen. Aber, — das grosse Aber, die Kehrseite der Medaille kommt noch. Wir haben hierüber verschiedene Korrespondenzen aus dem ersten Taumel der deutsch-bolschewistischen Flitterwochen. Der erste Liebesbrief der deutschen Geldmänner an den roten Lenin verdient hier in seiner ganzen Länge wiedergegeben zu werden:

Reichsbank Nr. 5, den 11. Januar 1918.

An den Präsidenten des Rates der Volkskommissäre.
Sehr geehrter Herr Präsident!

Die deutschen Industrie- und Handelsverbände, welche am russischen Handel interessiert sind, haben mir einen Brief geschrieben, der eine Reihe Angaben enthält, die als Richtschnur gelten können. Gestatten Sie mir, Ihre Aufmerksamkeit auf dieselben zu lenken:

1) Der Kampf der russischen Revolution mit den russischen Kapitalisten hat nicht das mindeste Interesse für die industriellen Kreise Deutschlands, insofern die Frage die Industrie nicht als solche betrifft. Sie können die russischen Kapitalisten vernichten, wie es Ihnen beliebt, aber es sollte auf keinen Fall gestattet werden, russische Unternehmen zu zerstören. Eine solche Lage würde eine beständige Gärung im Lande erzeugen, die durch den Mangel an Rohstoffen und den dadurch verursachten Mangel an Fabriken unterstützt würde. Die englischen, amerikanischen und französischen Agenten ziehen Vorteil aus dieser Unordnung und verstehen es, hier Handelsagenturen zu gründen.

Es ist notwendig, nicht zu vergessen, dass die deutsche Industrie während der ersten Jahre nach dem allgemeinen Frieden nicht in der Lage sein wird, den Kaufhunger des russischen Marktes zu stillen, da sie dieselben umfangreichen und gleichlaufenden Aufgaben im nahen Osten, in Persien, in China und in Afrika hat.

2) Aus diesem Grunde ist es wichtig, Erhebungen vorzunehmen und statistisches Material zu sammeln betreffend die Lage der Industrien und angesichts des in Russland herrschenden Geldmangels, in Geschäftsbesprechungen die gewünschte Gruppe deutscher Handelsbanken zu vermerken.

3) Der Handel mit Deutschland dürfte in der ersten Periode fast nur ausschliesslich mit einem Austausch von Weizen und einigen übrigbleibenden Produkten gegen Hausgeräte bestehen. Alles, was die Grenzen eines solchen Handels übersteigt, sollte im Voraus bezahlt werden bis zum Ablauf von 75% in Markwährung, und das übrige Viertel in sechs Monaten. An Stelle einer solchen Vereinbarung dürfte wahrscheinlich die Möglichkeit gegeben sein, zu gestatten, dass, privatim, deutsche Gewinnanteile des russischen Geldmarktes, oder sicher verbürgte Industrie- und Eisenbahnanleihen als Zahlung angenommen werden.

In Anbetracht des besagten Interesses, das deutsche Fabrikanten und Händler an den Handelsverbindungen mit Russland haben, möchte ich Sie freundlichst bitten, Herr Präsident, mich über die Ansichten der Regierung, welche jene Fragen betreffen, in Kenntnis zu setzen. Empfangen Sie die Versicherung meiner aufrichtigen Hochachtung.
(gezeichnet): Der Vertreter der Reichsbank und der Berliner Börse: G. v. Schanz.

Die rein wirtschaftliche und finanzielle Seite dieses Schreibens überlassen wir der Abwägung eines jeden Geschäftsmannes. Uns interessieren hier andere Einzelheiten. Wie gefühlvoll nimmt sich jene Wendung aus, die von so ungemein uneigennütigen Motiven der deutschen Finanzkreise (!) und von so viel Verständnis für revolutionäre Strömungen zeugt: „Sie können die russischen Kapitalisten vernichten, wie es Ihnen beliebt, aber es sollte auf keinen Fall gestattet werden, russische Unternehmen zu zerstören.“ Wie geistreich stellten sich die deutschen Pfeffersäcke den Umbau einer kapitalistischen Wirt-

schaft zu einer sozialistischen vor! Dieses Dokument übt bei wiederholtem Lesen eine geradezu niederschlagende Wirkung aus, denn es ist einfach unmöglich zu entscheiden, was bei seiner Abfassung das Ausschlaggebende war: eine nicht zu überbietende Unverschämtheit oder eine beispiellos dastehende Unkenntnis der einfachsten politischen Dinge. „Vielleicht wird v. Schanz eines guten Tages die Antwort Lenins enthüllen“, bemerkt mit gutmütigem Spotte der amerikanische Herausgeber. Wir unsererseits sehen die Antwort darauf in den Geschehnissen der letzten Monate.

Einen entschieden bestimmteren Ton schlägt das nächste Rundschreiben in russischer Sprache an, auf welches wir in der nächsten Nummer zurückkommen werden.

Bogdan.

Der Rechtsfrieden.

In der ganzen deutschen Presse liest man jetzt viel von dem Rechtsfrieden, den sie haben will. Einen Rechtsfrieden wollen auch wir von der Welt haben. Gerechtigkeit, Gerechtigkeit, das ist die Lösung. Die Frage ist nur die, wie man den Rechtsfrieden auffasst. Soweit Polen in Betracht kommen, fasst ihn die deutsche Presse und ein grosser Teil des deutschen Publikums so auf, dass das alte Unrecht, welches Preussen dauernd den Polen zugefügt hat und auch jetzt noch zufügt, von der Welt gutgeheissen werden soll. Wir aber erwarten von einem Rechtsfrieden, dass dieses alte Unrecht endlich wieder gut gemacht wird. Das ist der Unterschied.

Die deutsche Presse meint, dass die Welt den gegenwärtigen Zustand im Osten Preussens anerkennen müsste, obwohl er nur durch ein ungeheures Unrecht gegen die einheimische polnische Bevölkerung und mit einem riesigen Aufwand an Geld- und Machtmitteln erst künstlich geschaffen wurde. Dass sich die Welt zu einer solchen Auffassung nicht bekennen kann und wird, ist für jeden klar, ausgenommen vielleicht nur die preussischen Gewaltpolitiker, die an der Entrechtung der Polen mitschuldig sind.

Bisher war es in Preussen doch so, dass in den Ostprovinzen die polnische Bevölkerung von einer in vielen Verwaltungsbezirken verschwindenden deutschen Minderheit nicht nur beherrscht, sondern auf Schritt und Tritt mit Hilfe ihrer eigenen Steuergroschen in einer oft himmelschreienden Weise benachteiligt wurde. Dass dieses sich nun ändert, das erwarten wir von einem Rechtsfrieden. Die Welt soll der Gerechtigkeit zum Siege verhelfen, die von Preussen von je her und immer im Verhältnis zu der polnischen Bevölkerung mit den Füssen getreten wurde. Das ist der Sinn des Rechtsfriedens, wie wir ihn verstehen.

Die preussischen massgebenden Kreise und auch die deutsche Presse sehen ihn allerdings anders an. Sie stellen sich auf den brutalen preussischen Standpunkt und sagen: Da uns Westpreussen und Posen als Korn- und Kartoffelkammer Deutschlands grosse Vorteile bietet und das überwiegend polnische Oberschlesien wertvolle Bergwerkprodukte liefert, weil wir endlich bestimmte Gebiete und Städte mit einem Kostenaufwand von mehr als einer Milliarde Mark gewaltsam germanisiert und die einheimische polnische Bevölkerung aus ihnen verdrängt haben, erfordert es der Rechtsfriede, dass es so bleibt.

Zu einer solchen, echt preussischen „Rechts“-auffassung wird aber und kann sich die Welt nicht bekennen. Im Gegenteil Preussen hat gezeigt und zeigt es heute immer noch, dass es die nationalen Minderheiten gerecht nicht zu behandeln weiss, ihnen nur mit brutaler Gewalt entgegentritt und dass es deshalb jegliches Recht darauf verwirkt hat, über nationale Minderheiten zu herrschen. Aus diesen Erwägungen heraus wollen ja die Alliierten nicht einmal die afrikanischen Kolonien an Deutschland zurückgeben. Eine Mindestforderung an einen Rechtsfrieden ist es daher, dass wenigstens die überwiegend von polnischer Bevölkerung bewohnten Gebiete von Preussen abgetrennt und dem neuen polnischen Reiche zuerkannt werden.

Ein Unrecht für Preussen ist damit nicht verbunden. Denn zunächst handelt es sich um Gebiete, die Preussen früher niemals besessen, die es sich aber vor anderthalb Jahrhunderten gewaltsam einverleibt hat. Das inzwischen in diese Gebiete ge-

steckte Kapital an Gold, Arbeit und Intelligenz, das übrigens ausschliesslich den eingewanderten Deutschen zugute kommen sollte, hat Preussen hundertfach wieder herausgeholt. Nach einem bei Wilhelm Grove-Berlin gedruckten Flugblatt holte Preussen aus den Ostprovinzen einen jährlichen Ueberschuss allein an Kartoffeln 160 Millionen Zentner, an Brotgetreide ca. 50 Millionen Zentner, an Kohlen 50 Millionen Tonnen (zu 20 Ztr.). Man muss also zugestehen, dass die vielgerühmte deutsche Arbeit in den geraubten Ostprovinzen sich mit Gold bezahlt gemacht hat. Jetzt ist aber die Zeit gekommen, wo sie der rechtmässige Besitzer wieder zurückerhalten soll. Die Produkte der jetzigen Ostprovinzen brauchen aber auch nach einem Anschluss an Polen Preussen nicht verloren gehen. Es kann sie auch weiter von dort beziehen, allerdings nicht, wie bisher, ohne Gegenleistung, sondern nach dem Grundsatz: „Do, ut des“, Leistung und Gegenleistung.

Preussen kann sich daher über einen Rechtsfrieden in unserem Sinne in keiner Weise beschweren. Und so wird auch das Urteil der Welt wohl lauten. Das ist ohne weiteres anzunehmen, denn dass die Rechtsbegriffe der ganzen Welt andere sind, als die Preussens, beweist schon die Tatsache, dass diese Welt sich wie ein Mann gegen Preussen-Deutschland erhoben hat und nicht eher ruhte, als bis dieser Schädling der Menschheit am Boden lag. Wenn jetzt Preussen jahrzehntelang wird büssen müssen, so kann das nur ihm und der Menschheit zum Wohle gereichen. Es wird dann vielleicht für würdig befunden werden, einmal in die Völkerfamilie wieder aufgenommen zu werden.

Die Gesetzlosigkeit der polnischen Ansprüche.

Unter dieser Ueberschrift bringt die „Schles. Volksztg.“ in ihrer Nr. 141 vom 18. März d. J. einen Artikel, worin dieselbe auf die angeblich masslosen Ziele der poln. Kommission in Paris hinweist und behauptet, dass dieselbe nicht als Vertreter des ganzen polnischen Volkes, am allerwenigsten des ober-schlesischen gelten könne. Schlesien ist nach demselben Artikel, ein unteilbares Ganzes und Oberschlesien eine Lebensnotwendigkeit Deutschlands. Oberschlesien will nicht als Ausbeutungsobjekt der grosspolnischen Schlachtzitten sein, denn 2 Drittel seiner Bevölkerung haben sich an die, durch grosspoln. Hetzer (?) proklamierte Wahlenthaltung nicht gekehrt.

Das grosse Unglück, welches über Deutschland hereingebrochen ist, ist an dem Gehirnskasten der „Schles. Volksztg.“ nicht spurlos vorbeigegangen, sonst würde sie ihren Lesern nicht einen solchen Unsinn von Behauptungen vorsetzen. Ich würde ihr aber raten, die Dinge anzusehen wie sie sind und nicht durch ihre preussisch, junkerisch, hakatistische Brille. Die Brille würde ich aber dafür den massgebenden Herrn nach Paris schicken, damit dieselben sich die Dinge in Oberschlesien auch einmal durch so ein Ding ansehen könnten. Besserung der Lage in ihrem Sinne kann ich ihr auch dann nicht versprechen.

Was die Gesetzlosigkeit der poln. Ansprüche anbetrifft, so will ich des Näheren nicht darauf eingehen. Ich möchte nur dem sehr kurzen Gedächtnis der „Schles. Volksztg.“ ein bisschen nachhelfen und sie darauf aufmerksam machen, dass vor noch nicht sehr langer Zeit, durch den deutsch. Blätterwald lange Artikel brausten, die von einer strategischen Sicherung der Ostgrenze, von dem Bendziner Kohlenbecken, von einer Narewlinie und mehreren Millionen Polen sprachen, die dadurch zu Preussen kämen, mit denen sie auf ihre Art schon fertig werden wollten und dergl. mehr.

Hat da die „Schles. Volksztg.“ auch von gesetzeslosen Ansprüchen der Deutschen geschrieben? Nein? — Aber nicht wahr? „das ist eine ganz andere Sache, ob der Deutsche nach poln. Landstrichen die Hand ausstreckt oder ob der Pole sein früher geraubtes Eigentum zurückverlangt. Wenn der Deutsche seine Hand nach rein poln. Landstrichen ausstreckt, so ist dies nur ein Akt der Selbsterhaltung. Wenn aber 70% der ober-schl. Bevölkerung auf Grund des Wilson'schen Programmes von dem Selbstbestimmungsrecht Gebrauch machen wollen, so ist dies Gesetzlosigkeit. Ein wahres Glück für uns, dass die „Schles. Volksztg.“ nicht auf den Gedanken gekom-

men ist, den Herrn von der Kommission für poln. Angelegenheiten in Paris, ihre Brille zu borgen, denn sonst wäre es vielfach ganz anders gekommen.

Die Behauptung, dass 2 Drittel der oberschlesischen Bevölkerung der Wahlenthaltungsorder nicht Folge geleistet haben, beweist nur, dass die „Schles. Volksztg.“ nicht nur schlecht sehen kann u. ein sehr kurzes Gedächtnis hat, sondern auch nicht einmal rechnen kann, denn von 1200 000 eingetragenen Wählern haben 552 000 ihre Stimme nicht abgegeben. Nach Adam Riese sind das 46% und nicht ⅔. Wenn aber ein grosser Teil der poln. oberschles. Bevölkerung trotz der proklamierten Wahlenthaltung zur Wahl ging, so tat sie es nicht deshalb, weil sie nicht zu Polen gehören wollte oder will, sondern hauptsächlich infolge der Wahlagitation der Zentrumsgeistlichen, welche sogar unter Missbrauch der Kanzel und des Beichtstuhles der Bevölkerung einredeten: es gehe nicht darum, ob wir zu Polen oder Deutschland gehören sollen, sondern einzig und allein um den Glauben.

Oberschlesien will nicht Ausbeutungsobjekt für die grosspolnischen Schlachtzitzen sein. Nein! Das wollen wir nicht und werden es auch nicht sein, wenn wir zu Polen kommen. Aber in einem viel grösseren Massstabe bedanken wir uns für die Ausbeutung durch obersch. Schlot- und sonstige preussischen Barone, Junker u. dergl.

In demselben Artikel warnt die „Schles. Volkszeitung“ Grosspolen vor dem fremden unverdaulichen Gut, an dem es später zugrunde gehen müsste. Abgesehen davon, dass es sich hier nicht um fremdes, sondern um ureigenes unverjährtes Eigentum handelt, kann dieselbe um das Schicksal Grosspolens beruhigt sein, denn obgleich die Polen nicht, wie die Deutschen, einen alles verdauenden Entenmagen besitzen (Belgien, Erzbecken von Brie, Longwy, Baltische Provinzen usw.) so wird es an den wenigen fremden Elementen die mit übernommen werden ,nicht zugrunde gehen.

D o w b o r c z y k .

Die Verlogenheit der deutschen Presse in der Polenpolitik.

Mitte März erliessen die massgebenden polnischen Organisationen in Oberschlesien in der gesamten polnischen Presse Oberschlesiens nachstehende Warnung:

Wir besitzen sichere Unterlagen dafür, dass die Ausfuhr von Materialien aller Art, die Entblössung des Landes von Waggonen, Lokomotiven und Lebensmitteln in beschleunigter Weise vorgenommen wird.

Nicht nur die Regierung, sondern auch die Gross-Grundbesitzer und die Schwerindustrie nehmen daran Anteil. In den Werkstätten werden die wertvollen Maschinenteile herausgenommen, kostbare Instrumente weggesandt, aus den Speichern der deutschen Gross-Grundbesitzer wird in der Nacht das eiligst ausgedroschene Korn verladen, und schon längst sind Akten, und wichtigere Papiere weit hinter Breslau weggewandert.

Mittel solcher Art ergreift ein Bankrotteur kurz vor der Konkurseröffnung, obwohl dies dann den Gläubigern gegenüber ungültig ist, die polnische Bevölkerung kann dies jedoch mit Gewalt nicht hindern.

Ueber der ganzen Bevölkerung Oberschlesiens — also auch der deutschen — hängt die Gefahr der erschwerten Ernährung und des Stillstandes der Industrie.

Wir machen alle Beteiligten — also die jetzigen Machthaber und die deutsche Bevölkerung — darauf aufmerksam, dass wir, die Führer der polnischen Bevölkerung, alles getan haben, was in unserer Kraft stand, um Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten.

Wenn indess das Ende der verhassten preussischen Herrschaft nahen wird, dann werden wir gegenüber derartigen Beweisen einer niedrigen Handlungsweise vielleicht kaum im Stande sein, die Volksmassen zu halten, wenn diese versuchen werden, mit Gewalt eine solche Ausraubung zu verhindern.

Narodowe stronnictwo robotników.

(Nationale Arbeiterpartei.)

R y m e r .

Polska partya socjalistyczna.

(Polnische sozialdemokratische Partei.)

B i n i s z k i e w i c z .

Naczelna Rada Ludowa—Podkomisaryat dla Śląska.

(Oberster Volksrat, Unterkommissariat für Schles.)

C z a p l a .

Was macht daraus die deutsche Presse? Zunächst in der deutschen Presse Oberschlesiens und sodann auch in Breslauer Zeitungen wird die Sache wie folgt behandelt:

„Komisch berührt die Schilderung der angeblichen Versuche der deutschen Bevölkerung, ihr bedrohtes Eigentum aus Oberschlesien zu entfernen. Das sind Hirngespinnste. Wir haben von allen den Dingen nichts gesehen und gehört. Aber eine Stelle verdient doch festgehalten zu werden, weil sie beweist, wie die grosspolnischen Führer alle bösen Instinkte des Menschen aufpeitschen, wie sie aber gleichzeitig versuchen, die Verantwortung für ihr Treiben den Deutschen zuzuschieben. Justizrat Czaplă erlaubt sich, der deutschen Bevölkerung folgende Drohung ins Gesicht zu schleudern:

Nunmehr folgen die beiden letzten Absätze der vorstehenden Warnung und nachher heisst es wie folgt:

„Heisst das nicht den Bolschewismus heraufbeschwören? Heisst das nicht förmlich Mord und Raub züchten? Der deutschen Bevölkerung müsste es jetzt wie Schuppen von den Augen fallen, wenn sie sieht, wohin die Absicht der hochpolnischen Führer geht.“

Die deutsche Presse belügt ihr Publikum, indem sie zunächst die Sache so darstellt, als ob es sich nur um die Verschiebung des Eigentums der deutschen Bevölkerung handelte, während tatsächlich nur die Behörden und die deutschen Grossgrundbesitzer ausdrücklich genannt waren. Sie verschweigt weiter, dass diese öffentliche Kundgebung nicht von dem Justizrat Czaplă allein, sondern von dem Obersten Polnischen Volksrate, der Polnisch-Nationalen Arbeiterpartei und der Polnisch-Sozialdemokratischen Partei ausgeht, dass also die Gesamtheit der polnischen Land- und Arbeiterbevölkerung dahinter steht. Die ganze Gemeinheit dieser Handlungsweise ergibt sich aber namentlich aus dem Umstande, dass der erste Teil der Warnung ausgelassen wurde, um der deutschen Bevölkerung zu verheimlichen, dass die Behörden Wertgegenstände aus Oberschlesien beiseite schaffen.

Am 16. März berichteten zunächst deutsche Zeitungen in Oberschlesien und nachher die Berliner Presse über einen Generalstreik in Polen. Der Oberste Polnische Volksrat hatte an die Redaktionen einer Anzahl von deutschen Zeitungen am 16. März folgendes Schreiben gerichtet:

„In der Nummer 136 des „Vorwärts“ befindet sich auf der ersten Seite eine Notiz aus Kattowitz vom 14. März. Es wird berichtet, dass die polnischen kommunistischen Arbeiterräte für den 12. und 13. März den politischen Generalstreik für ganz Polen als Protest gegen die jetzige Regierung Paderewski angekündigt hatten und die Regierung demgegenüber die schärsten Mittel anwenden wolle. Wir haben sofort Ermittlungen erhoben und folgendes festgestellt.

Richtig ist, dass am 12. und 13. März ein Manifestationsstreik im polnischen Industrie-Revier stattgefunden hat, indessen nicht als Protest gegen die Warschauer Regierung, sondern als Protest gegen das barbarische Verhalten des deutschen Grenzschutzes gelegentlich der Kämpfe bei Laurahütte früh am 10. März. Die polnischen Behörden hatten durch Zeugenvernehmungen und fotografische Aufnahmen festgestellt, dass ein Fährlich von deutschen Grenzschutz einen verwundeten polnischen Soldaten durch Zerschmettern des Schädels und mehrere Stiche mit dem Säbel getötet hatte. Das Begräbnis des Soldaten fand unter ungeheurer Beteiligung der Arbeiter-Bevölkerung statt und diese beschloss, einen zweitägigen Streik als Protest gegen diese unmenschliche Behandlung auszurufen. Der Oberste Volksrat — Unterkommissariat für Schlesien mit dem Sitz in Beuthen O.-S.

C z a p l a , Justizrat.

Keine einzige Zeitung brachte diese Berichtigung, obwohl sie der Presse verschiedener Richtungen, namentlich auch der Zentrums Presse, zuge stellt worden war.

Die Polen wollen die Deutschen nicht unterdrücken.

In der polnischen Zeitung „Dziennik Bydgoski“ (Bromberger Tageblatt) finden wir nachstehende, besonders wertvolle Bekanntmachung des obersten polnischen Volksrates (Naczelnă Rada Ludowa) zu Posen:

Der Bevölkerung und namentlich den Beamten deutscher Nationalität wird, wie wir hören, eingeredet, dass das polnische Volk und die polnische Regierung sie des Vermögens berauben und ihnen auf einen weiteren Aufenthalt in Polen nicht gestatten wollen. Dies veranlasst uns zur kategorischen Versicherung an unsere Mitbürger deutscher Nationalität, dass weder jetzt noch in der Zukunft ihnen Unrecht geschehen soll.

Was die Beamten betrifft, so haben wir mit Rücksicht auf die jetzige politische Lage nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, wesentliche Veränderungen im Beamtenstande vorzunehmen. Diese Veränderungen werden in erster Linie darauf beruhen, dass die Stellen, welche seiner Zeit nur aus Rücksicht auf die antipolnische Politik der preussischen und deutschen Regierung geschaffen wurden, aufgehoben werden, dann auch noch werden diejenigen Beamten, welche in irgend einer Weise die Verfolgung der polnischen Sache oder der Polen provozierten, zurücktreten müssen.

Sonst aber können wir, stets menschlichen Grundsätzen und der Gerechtigkeit entsprechend, alle Beamten deutscher Nationalität nicht nur versichern, dass sie die polnische Regierung unter denselben Bedingungen übernehmen wird, sondern auch, dass sie materiell mit den Beamten polnischer Nationalität auf eine Stufe gestellt werden, also dass sie wahrscheinlich höhere Bezüge als bisher erhalten werden. Aber eins wie das andere wird davon abhängen, ob die betreffenden Beamten immer der veränderten, rechtlichen und politischen Lage Rechnung tragen, weiter auch davon, ob dieselben, je nach den Anforderungen ihrer Aemter, die polnische Sprache erlernen werden.

P o s e n , den 14. März 1919.

Kommissariat des Obersten Volksrates.

Kanonikus A d a m s k i .

W. K o r f a n t y .

Obiger Standpunkt der polnischen höchsten Behörde wird selbstverständlich auch Oberschlesien

gegenüber eingenommen werden, sobald dasselbe Polen angegliedert werden wird. Die Bekanntmachung des obersten poln. Volksrates dürfte bestimmt die Augen der deutschen Bevölkerung angesichts der Lügen verschiedener hakatistischen Blätter öffnen, die ihren Lesern glaubhaft machen wollen, die Polen hätten die Bedrückung der deutschen Bevölkerung im Sinne. Die polnische Nation hat nie daran gedacht und denkt auch nicht daran, bemerkt mit Recht der „Dziennik Bydgoski“, irgend jemanden dafür zu unterdrücken, dass er einer andern Nation oder Religionsgemeinschaft angehört. Wer ehrlich mit uns in Frieden zu leben wünscht, kann überzeugt sein, dass ihm kein Unrecht widerfahren wird.

Wie der neue Kurs in Oberschlesien in Wahrheit aussieht,

den die Regierung der polnischen Bevölkerung versprochen hat und auf den auch das Zentrum als die endliche Erfüllung polnischer Wünsche hinweist, ersieht man nicht nur daraus, dass als Vertreter für die Friedenskonferenz eine Reihe Hakatisten ausgewählt wurden mit dem Oberhakatisten Schwerin an der Spitze, sondern auch noch an vielen andern Dingen. Hat da vor einigen Tagen das Kreis-Wahlkomitee der Zentrums Partei im Kreise Rybnik eine Sitzung einberufen, um eine ausgebrochene Palastrevolution zu ersticken und einen Vorsitzenden zu wählen. Ueber 50 Vertrauensmänner und Zentrumsanhänger waren erschienen, darunter auch etwa 6 bis 8 Anhänger des Kreisschulinspektors Dr. Schmeck, der eben jene Palastrevolution in Rybnik angezettelt und über die Köpfe der Parteileitung hinweg sich die Herrschaft über das Rybniker Zentrum sichern wollte. Und dieser Kreisschulinspektor Dr. Schmeck wurde als Vorsitzender für das Zentrums-wahlkomitee in Rybnik von seinen Anhängern mit grosser Lungenkraft vorgeschlagen.

Ein grosser Teil der Geistlichen und Laien war dagegen, weil man den polnischen Wählern, auf die man noch rechnet, doch nicht einen Hakatisten reinsten Wassers als Vorsitzenden des Zentrumswahlkomitee's bieten dürfe. Der Kampf dauerte über 2 Stunden. Schliesslich einigte man sich dahin, dass nominell Pfarrer Ballon den Vorsitz haben sollte. Da er aber zur Hauptarbeit keine Zeit hätte, sollte man ein „Arbeitspferd“, also einen eigentlichen Vorsitzenden einstellen. Dieses „Arbeitspferd“ sollte alles machen, im Vorstände aber nur als „Schriftführer“ fungieren. Dr. Schmeck sollte dieser Mann sein. Ueber seine Wahl und seine Funktionen sollte nichts in die Presse kommen, damit die Polen nicht erfahren, wer das Zentrum in Rybnik leitet.

So sieht also der neue Kurs auch beim Zentrum aus, so „ehrlich“ werden die Polen behandelt. Einen Dr. Schmeck stellt man an die Spitze, einen Pfarrer Ballon schiebt man vor, damit die Polen nicht merken was los ist. Dr. Schmeck war bis zur Revolution ausgeprägtester Hakatist und Regierungsmensch. Seine hakatistisch-national-chauvinistischen Reden auf offenem Ringe klingen noch in allen Ohren. In geheimen Anzeigen hat er über die Tätigkeit vieler Geistlichen an die Regierung berichtet, so z. B. den Rybniker Oberkaplan Okrent in einer 11 Bogenlangen Anzeige als Polonisator und Deutschfeind auf die perfideste Art verdächtigt. Auch gegen eine ganze Reihe anderer polnischer Geistlichen verging er sich in gleichem Masse. Während des Krieges war er in Rybnik Vertrauensmann des Generalkommandos. Früher Mitglied des Klubs ist er nun ins Zentrumslager übergeschwenkt, um dort seinen autokratischen Machtdünkel zur Geltung zu bringen. Einen solchen Menschen glaubt das Zentrum auch unter dem „neuen Kurs“ den polnischen Katholiken aufzwingen, heimlich aufzwingen zu können. Das wird ein erfolgloses Bemühen sein, den katholischen Polen aber zeigt auch dieses Beispiel, wie der „neue Kurs“ aussieht, nicht nur bei der Regierung, sondern auch bei denen, die ihnen Freunde zu sein vorgeben.

Der wahre Sachverhalt in der Jastrzember „Hochverratsaffäre“.

In Anbetracht der Lügenorgien, welche die hakatistischen Gazettiers in der Jastrzember „Hochverratsaffäre“ gefeiert haben, sehen wir uns genötigt, den wahren Sachverhalt aufzuklären und gleichzeitig den merkwürdigen Begriff von Haussuchung, welcher in diesem Falle den freiwilligen Grenzschutztruppen für 5 M. täglich eigen war, zu beleuchten. Die in unterirdischen Gängen gefundenen M. G. Handgranaten etc. existierten nur in den Phantasie von bezahlten Scribenten, die sehr gern auf Kosten der Wahrheit ihren Lesern erlogene, spaltenlange Berichte über polnische Umtriebe vorsetzen, um so auch ihr Scherflein zu der Lügenhetze gegen die Polen beizutragen. Da konnte man von Kanonen und anderen Kulturmitteln lesen, die auf nur 2 Leiterwagen abtransportiert worden sind. Dies alles war natürlich aus der Luft gegriffen und in frechster Weise erlogen bis auf ein paar Jagdgewehre und Munition, die man pomphaft auf einen Leiterwagen geladen hatte, damit das Kind doch wenigstens einen Namen bekäme. Die organisierte Hetzpresse nahm von diesem durchsichtigen Gebaren nicht die geringste Notiz, sondern vollführte einen wahren Korybantenlärm über die bösen Polen und stellte in ihren dunklen Hetz und Giftmischerhöhlen die phantastischen Berichte zusammen. Schliesslich wäre das noch zu ertragen, denn das

Vaterland ist halt im Druck und da halten sie jedes Mittel für recht, um diesen zu mildern, aber dass bei der sogenannten „Haussuchung“ für ungefähr 30 000 M. Sachen gestohlen wurden, ist doch empörend und muss Polen wie Deutschen über „den verleumdeten Grenzschutz“ die Augen öffnen. Zum Zwecke der „Haussuchung“ (lies offizielle Polenausplünderung), bot man eine Compagnie Soldaten, 4 Offiziere, 4 Gensdarmen und 8 M. G. auf. Diese „Schutztruppe“ ergoss sich nach berühmtem Muster in unsere bedauernswerte Wohnung und jeder suchte nach Waffen. Bei dieser „Haussuchung“, wie es ein amtliches Schriftstück zu benennen beliebte, verschwand, was nicht niet und nagelfest war, dazu noch 1000 M. in baar. Aus reinem Vandalismus wurde eine Sattelgarnitur zerschnitten. Eine alte Dame musste sich in tiefem Neglige eine brutale Durchsuchung gefallen lassen. In einer Beamtenwohnung wurde in gleicher Weise gehaust. Dass solche Exzesse gang und gebe sind, beweist der Diebstahl der Wäsche des Isr. Kinderheims im Werte von 60 000 M. durch einen Grenzschutzunteroffizier. Man darf sich hierüber nicht allzusehr verwundern, entpuppte sich doch ein Führer dieses „Schutzes für die oberschles. Bevölkerung“ der Pseudoleutnant Wagner (?) als Hochstapler, der jetzt endlich eingesperrt ist, nachdem er noch zuvor seine edle Hand einem Frl. von Brase zum Ehebunde gereicht hatte. **Dass wahrscheinlich sogar von höherer Stelle eine Schurkerei gegen uns geplant war, beweist der Umstand, dass ein Militärgewehr an Stelle eines Jagdgewehres dem Untersuchungsrichter übergeben wurde, nur um Belastungsmomente gegen uns zu schaffen.** Von den Söldnern kann das nicht herrühren, denn so einem armen Teufel ist es nur um seine 5 M. täglich zu tun.

Die polnische Bevölkerung kann aber ungefähr ermessen, welchen Intriguen wir ausgesetzt sein würden, wenn nach Ostmarkenzulagen hungrige Hakatisten, welche vor dem Kriege sich über die „polnischen Schweine“ die Kehlen wundschrrien, nur um eine hohe Behörde auf ihre elende Existenz aufmerksam zu machen und bei denen sich plötzlich das gährende Drachengift in eine sehr verwässerte Milch der frommen Denkungsart verwandelt hat, uns weiter tyrannisieren sollten.

J a s t r z e m b, im März 1919.
Nikolaus Witczak. Josef Witczak.

So sieht in Wahrheit die von der deutschen Presse in allen Variationen ausgebeutete Angelegenheit der Gebr. Witczak aus. Wir sind überzeugt, dass es keine Zeitung für nötig halten wird, die gebrachten Lügen zu widerrufen; denn damit würde dem „Renommee“ geschadet werden.

Streiflichter.

Geistliche Brüder.

Wie die Deutschen, ja selbst katholische Geistliche im „befreiten Polen“ gearbeitet haben, um den Dank der Polen zu verdienen, mögen folgende Dokumente beweisen:

I.

L o d z, den 1. März 1917.

Kaiserlich deutsches Militär-gouvernement Lodz.
Katholisches Pfarramt B. Nr. 326.
Dem Herrn Militärgouverneur, hier.

Am Sonntag, den 25. Februar, als Militärpfarrer Tabellion in Zgierz in der dortigen Friedhofskapelle seinen Gottesdienst beginnen wollte, kam der Ortsgeistliche von dort, Herr Pfarrer Michael Stefanski, und begann in erregtem Zustande meinem Kollegen Vorwürfe zu machen, dass er in dieser Kapelle Kollekte veranstaltet habe, wozu er kein Recht habe. Pfarrer Tabellion machte ihn darauf aufmerksam, dass wir als geschlossene Militärgemeinde gelten u. dementsprechend auch überall an der West- und Ostfront unsere Kollekte je nach Bedarf, in erster Linie zur Unterstützung guter Lektüre für die Soldaten machen, oder wie es neulich geschehen ist, für Kriegsfürsorge nach den Anweisungen des Hochwürdigsten Armeebischofs.

Als Herr Pfarrer Stefanski gegen diesen rechtlichen Standpunkt nichts machen konnte, begann er Herrn Tabellion in aufgeregter Weise zu sagen:

1. Die Deutschen seien deswegen so verhasst, weil sie überall die Leute mit Gewalt unterdrücken wollen.

2. Als Pfarrer Tabellion ihm erwiderte, er dürfe als Geistlicher doch so etwas nicht sagen, gab er zur Antwort: Das hat nichts zu sagen, ich habe sogar von der Kanzel herab gesagt, dass es einen gerechten Gott gibt und er werde die Deutschen für ihre Ungerechtigkeiten schon bestrafen.

3. Was die Deutschen mit der Freiheit Polens machen, sei ein Schwindel. Die Polen hätten die Deutschen nicht nötig, aber die Deutschen die Polen.

B r e t t l e r, Militär-Gouvernements-Pfarrer.

II.

3. Exc. wünscht baldigst Vortrag.

L. 3. 3. 17.

III.

Urschriftlich dem Generalgouvernement Abt. III
Warschau, zur Entscheidung über zutreffende Massregeln übersandt.

L o d z, den 4. 3. 1917.

Der Militärgouverneur. v. Schmitt, Generalleutnant.

IV.

Ausfertigung.

W a r s c h a u, den 10. März. 1917.

Kaiserlich deutsch. Generalgouvernement Warschau.

Abt. III Nr. 1851/17.

Auf Grund des § 18 Absatz 2 der Kaiserlichen Verordnung vom 28. Dezember 1899 ordne ich hiermit die sofortige Abschiebung des Pfarrers Michael Stefanski in Zgierz in ein deutsches Gefangenelager an.

Der Generalgouverneur v. Beseler.
Ausgefertigt, Lodz, den 11. März 1917.

H ö f e r, Kriegsgerichtsrat.

V.

L o d z, den 17. März 1917.

Gericht des Kaiserlich deutschen Militär-Gouvernements. III. C. T. 1. 4 228.

Der polnische Zivilgefangene Pfarrer Michael Stefanski aus Zgierz, ist auf Anordnung des Herrn Generalgouverneurs v. Beseler in Warschau, in das Gefangenelager in Skalmierschütz zu überführen.

Die Ausfertigung der Abschiebungsverfügung und eine Abschrift der Meldung des Gouvernementspfarrers Brettler folgen anbei.

An das Gefangenelager, Skalmierschütz.
Der Militärgouverneur v. Schmitt, Generalleutnant.
H ö f e r, Kriegsgerichtsrat.

So ist Pfarrer Stefanski für eine Ausserung, die unter vier Augen gefallen ist, auf die einseitige Anzeige der beiden katholischen Militärpfarrer hin, ohne Zeugenvernehmung, ausserordentlich schwer bestraft und die katholische Gemeinde ihres Seelsorgers beraubt worden. So etwas bringt die „Liebe“ der Deutschen gegenüber den polnischen Geistlichen fertig. Ich bemerke noch, dass nach geltendem kirchlichen Recht p. Brettler ipso facto in die Exkommunikation verfallen ist. Davon kann ihn weder der Militärgouverneur noch der Generalgouverneur befreien. X.

Verschiedenes.

— **Wilhelm II. und Noske.** Die „Post“ schreibt in einer Polemik gegen den „Vorwärts“: Herr Noske weiss, wie man kebellenvolk zu behandeln weiss. Wilhelm II. wäre noch heute deutscher Kaiser, wenn er nicht Bethmann Hollweg, sondern Noske an seiner Stelle gehabt hätte.

Herr Noske wird es sicher bedauern, dass die „Post“ seine Fähigkeiten nicht schon vor dem 9. November entdeckt hat.

— **Die Stimme des Propheten.** Aus einer Rede, die der berühmte französische Patriot und Politiker Viktor Hugo am 1. März 1871 in der französischen Nationalversammlung gehalten, entnehmen wir die folgenden Sätze:

O! die Stunde wird schlagen — wir fühlen sie kommen — die gewaltige Rache... Man wird sehen, wie Frankreich sich wieder aufrichtet, man wird sehen, wie es Lothringen wieder erfasst, Elsass wieder erfasst. Und dann, ist das alles! Nein, Trier, Mainz, Koblenz, Köln, das ganze linke Rheinufer ergreifen... Und man wird den Ruf Frankreichs hören: Jetzt bin ich an der Reihe! Deutschland, da bin ich! Bin ich Dein Feind? Nein, ich bin Deine Schwester. Ich habe Dir alles genommen und ich gebe Dir alles zurück, unter einer Bedingung: Wir werden ein einzig Volk, eine einzige Familie, eine einzige Republik. Ich werde meine Festungen schleifen, und Du die Deinigen. Meine Vergeltung ist die Brüderlichkeit! Keine Grenzen mehr. Der Rhein für alle! Seien wir die gleiche Republik, die Vereinigten Staaten von Europa, seien wir der Festlandsbund, seien wir die Freiheit Europas, seien wir der Weltfriede! Und jetzt: reichen wir uns die Hand, denn wir haben uns gegenseitig einen Dienst erwiesen! Du hast mich von meinem Kaiser befreit, und ich befreie Dich von dem Deinigen!

— **Ein Heldenstück des Grenzschutzes.** Die in Gleiwitz erscheinende „Oberschlesische Volksstimme“ berichtet über folgenden Willkürakt des Grenzschutzes:

Gieraltowitz. Zur Verhaftung des Herrn Pfarrers Robota wird der „Oberschlesischen Volksstimme“ ein Bericht übermittelt, dessen Inhalt manherlei zu denken gibt. Er lautet: Am Donnerstag, den 6. Februar, kam ein Soldat des Grenzschutzes, angeblich aus Preiswitz, nach Gieraltowitz zu dem ihm persönlich bekannten Wachtmeister Frank, dem Zögling eines Lehrerseminars, und brachte die Mitteilung, dass Pfarrer Robota im Auftrage des Majors Allemand aus Rybnik zu verhaften und in einem Militärwagen sofort nach Gleiwitz ins Militärgefängnis abzuliefern sei. Pfarrer Robota fragte vergeblich den Wachtmeister nach dem Grunde seiner Verhaftung. In Gleiwitz wurde er zunächst in einem von 5 Soldaten besetzten Wagen vor das Rathaus gefahren, dann im Gefängnis von dem Soldaten, der die Verhaftung veranlasst hat, abgegeben. Der Staatsanwalt aber verfügte die Freilassung, da jedes Belastungsmaterial fehlte. Am anderen Tage erhielt derselbe Soldat auf sein Ersuchen Pferde und Wagen von dem Wachtmeister Frank, um in Rybnik die fehlenden Papiere zu holen. Aber unterwegs verkaufte er die Pferde und verschwand. Nun stellte es sich heraus, dass der Soldat ein Schwindler und Verbrecher war. Er hatte gar keinen Haftbefehl gegen Pfr. Robota erhalten, sondern ging nur darauf aus, die Pferde und den Wagen, in dem Pfr. Robota transportiert wurde, zu verkaufen, denn er wollte die übrigen Soldaten mit der Bahn nach Gieraltowitz zurückbefördert wissen. Da gegen sein Erwarten Pfr. Robota freikam und umgehend nach Hause fuhr, so scheiterte sein Plan. Deshalb fuhr er mit Pfr. Robota zurück. Auffallenderweise liess er die anderen Soldaten nicht in den Wagen hinein, sodass 3 Soldaten auf dem Kutschbock sitzen muss-

ten und Pfr. Robota mit dem Verbrecher allein die Rückreise unternehmen musste. Uebrigens gab der Verbrecher im Gefängnis zu Protokoll an, dass Pfr. Robota im Auftrage des Hauptmanns Rothe verhaftet worden sei, während in Gieraltowitz der Major Allemand als der Auftraggeber bezeichnet wurde. Als Entschuldigung für das Fehlen der Papiere gab er an, dass nächsten Tag noch andere Verhaftungen erfolgen sollen und mit den Verhafteten die Papiere ankommen würden.

Wir sehen daraus, dass ein blutjunger Wachtmeister, der Seminarist von Beruf ist, in unserer unruhigen Zeit Verhaftungen ohne jegliche schriftliche Anordnung vornehmen, die persönliche Sicherheit des Nächsten gefährden und Urheber einer solchen Grenzschutzköpenickiade, die ein schlimmes Ende nehmen konnte, werden darf. Deshalb ist unbedingt Remedur in dem Verhaftungsmodus notwendig, damit sich nicht ähnliche unerhörte Fälle wiederholen.“

Briefe.

— **Brinnitz, Kr. Oppeln.** Sonnabend, den 8. 3. abends 4 Uhr ist, trotz des über Oberschlesien verhängten Belagerungszustandes, eine öffentliche Versammlung von der „Freien Vereinigung z. Schutz z. Oberschl.“ veranstaltet worden. Als Redner trat hier ein hierher gesandter Agitator auf, den nur ein paar grössere Besitzer bei seinen, von der Versammlung mit lebhaften Protesten aufgenommenen Ausführungen in Schutz nahmen. Eine Woche vorher haben dieselben auf die jetzige Regierung weidlich geschimpft, weil sie Vieh abliefern sollten; heute sind sie im Gegenteil wieder die besten Freunde.

Aus einem solchen Gebaren ersieht man, dass es doch Leute gibt, die mangels Einsicht und Bildung nicht wissen, woran sie sind, und wie sie sich zu benehmen haben. Vermögen und Reichtum ersetzen nicht den Verstand. — (Die weiteren Ausführungen müssen wir wegen Raum mangels weglassen, zumal da der Inhalt derselben bereits in anderen Artikeln des „Weissen Adlers“, wenn auch mit anderen Worten zum Ausdruck gebracht ist. — Die Red.)

— **Breslau.** Die letzten Tage zeigten ein Abflauen des Geschäftsverkehrs zwischen Breslau u. Oberschlesien, hervorgerufen durch politische Umwälzung, die sich sichtlich der Verwirklichung nähert. Wenn wir nicht ganz skeptisch sein wollen, so müssen wir auch als deutsche Leute feststellen, dass Oberschl. nicht mehr bei Deutschland zu halten sei.

Es ist ein eigenartiges Vorurteil unserer Presse, die diese Tatsachen immer mit anderen Augen sehen will. Wir Geschäftsleute müssen andere Stellung dazu nehmen, u. das ist diese: Die Geschäftsstockung nicht durch den politischen Umschwung zu vergrössern. Der rege Geschäftsverkehr zwischen Breslau und Oberschlesien ist unter allen Umständen auch dann zu fördern, wenn Oberschlesien ihre Zentralregierung nicht in Berlin sondern in Warschau hat. Daher ist es Pflicht der massgebenden Stellen schon jetzt Schritte zu unternehmen, um an Stelle von Kriegs-Propaganda, mit der neuen Polenrepublik Geschäftsbeziehungen aufzunehmen, die doch für uns die grösste Existenzfrage bedeuten werden.

Ein Kaufmann.

„Der weiße Adler“

kostet vierteljährlich 1,50 M., mit Abtrag 1,62 M. Die Einzelbezieher (ausserhalb der Agenturen) bitten wir möglichst bei der Post zu bestellen, weil dadurch dem Verlage Arbeit (Rechnungschreiben, Verpackung usw.) erspart wird, und das ist bei der grossen Zahl der Abonnenten wünschenswert. — Wir laden hiermit zum zahlreichen Abonnement ein.

Wirtschaftsfragen.

Deutsche Zeitungen teilen folgendes mit:

D r e s d e n, 23. März. Der Widerstand der sächsischen Landwirte gegen die zwangsweise Lebensmittelbeschaffung dehnt sich auf 15 Gemeinden aus. Zwei Rittergüter in der Grimmaischen Gegend beschlossen, die angeordnete Milchablieferung an die Molkereien zu verweigern. 1000 Bauern und 21 Rittergutsbesitzer aus 134 Dörfern beschlossen, die Weigerung zu unterstützen.

NACHRUH.

O p p e l n. Am vorletzten Sonntag begleiteten wir zur letzten Ruhestätte die sterblichen Ueberreste des im 53. Lebensjahre, nach einer kurzen, aber schweren Krankheit verstorbenen Sanitätsrats Dr. Josef Fethke. Der Verbliebene war ein Pole und stammte aus Westpreussen. Er wirkte in Oppeln ca. 16 Jahre und war hier und in der ganzen Umgegend in allen Schichten der Bevölkerung als tüchtiger Arzt und braver Charakter sehr beliebt, so dass sein allzufrühes Hinscheiden allgemein schmerzlich empfunden wird. Er ruhe in Frieden!

Kohlrüben

gibt kleinere und grössere Posten ab. Auf Wunsch versende ich diese waggonweise nach jeder Station.

Thomas Jakubik, Gr. Döbern, Kr. Oppeln.

Druck, Verlag und Redaktion der „Gazeta Opolska“.
Verantwortlicher Redakteur I. V.: J. Kurzak.

Aus der deutschen Presse.

Herrn von Gerlachs Polenpolitik.

In der Sitzung der Nationalversammlung am 5. März sind bei Besprechung einer nationalliberalen Interpellation über die Zustände in der Provinz Posen wieder einmal heftige Angriffe gegen H. v. Gerlach gerichtet worden, dem noch immer seine Behandlung der Polenfrage als preussischer Unterstaatssekretär vorgeworfen wird. Noch immer, nachdem die Richtigkeit seines Standpunktes inzwischen durch die Ereignisse schlagend erwiesen wurde.

Diesmal waren es der deutschen nationale Abgeordnete Ohler und der nationalliberale Abg. Bauermann, die, von Partei wegen mitschuldig an der verhängnisvollen Polenpolitik des alten Regimes, und unbelehrt durch die neuere Entwicklung der Dinge, den Unterstaatssekretär H. v. Gerlach persönlich für die Folgen ihrer eigenen Politik verantwortlich zu machen versuchen. So sagte (laut „Frankf. Ztg.“) der Abg. Ohler:

„Als wir uns flehend und hilfesuchend an das deutsche Volk, an die Regierung wandten, da schickten sie als Regierungskommissar Herrn v. Gerlach nach Posen. Diesen Mann trifft die ganze Schuld für das furchtbare Elend im Osten. Er erkundigte sich bei den polnischen Führern und rief dann in die ganze Welt hinaus: In Posen alles in bester Ordnung! Da haben wir uns verlassen gefühlt. Von unseren Stammesgenossen und unserer eigenen Regierung. Der Gang der Dinge hat es bewiesen, dass diese Worte ein Verbrechen am Deutschtum des Ostens, ein Verbrechen am deutschen Volke waren.“

Der Bericht verzeichnet hinter diesen Worten „Stürmische Zustimmung rechts“. Natürlich! — Und der Abg. Bauermann unterstrich die Behauptung von der Schuld H. v. Gerlachs und setzte daneben noch einen Angriff auf die Regierung, die „eine so bewiesene Unfähigkeit noch länger in der Regierung duldet“.

Was tat nun die Regierung, um den Unterstaatssekretär gegenüber diesen Angriffen, deren Haltlosigkeit ihr bekannt ist, zu decken? — fragt der Mitarbeiter der „Welt am Montag“, Albert Weidner, und antwortet folgendermassen: Sie tat dasselbe, was sie bisher in dieser Angelegenheit getan: nichts. Trotzdem ihr genau das Material bekannt ist, das v. Gerlachs Standpunkt nach seinen Erkundigungen in Posen begründete, das amtliche Material: Bekundungen preussischer Behörden und militärischer Sachverständiger, welche die absolute militärische Hilflosigkeit unserer Position gegenüber jedem etwa ausbrechenden Polenaufstand erklärten! Nicht als „Optimist“ kam v. G. aus Posen zurück; nie hat er in die Welt hinausgejubelt: alles in bester Ordnung. Im Gegenteil war seine Sorge, dass irgendeine Provokation die nationalen Leidenschaften der Polen reizen und unsere jedes zuverlässigen militärischen Rückhalts entbehrende Position schwer schädigen könne. Die richtige Würdigung der ganzen politischen Situation, so selten mehr in deutschen Köpfen anzutreffen, diktierte v. G. die Ueberzeugung: über die Streitpunkte zwischen Preussen-Deutschland u. Polen wird (ob wir wollen oder nicht) bei den Frie-

densverhandlungen mit den Alliierten entschieden; deshalb galt es bis dahin, durch gütliche Einigung wenigstens die für uns nahezu unentbehrliche Lebensmittelzufuhr aus dem Osten zu sichern. Letzteres gelang v. Gerlach denn auch. Die Vorgänge bei der Ankunft Paderewski's und eines Engländers in Posen, wobei bekanntlich einige Polen Fahnen in Ententefarben heraussteckten, die von preussischen Offizieren und Soldaten zu entfernen versucht wurden, führte aber dann zur Explosion der polnischen Nationalleidenschaft und in der Folge zu den blutigen Zusammenstössen. Es begann die laute Propaganda für den militärischen Grenzschutz Ost. Die deutsche Presse schwelgte in Kriegsstimmung gegen die Polen. Bis schliesslich der kalte Wasserstrahl seitens der Entente mit der kategorischen Verfügung des Waffenstillstandes und der Ziehung einer Demarkationslinie dem neuen Kriegsrausch ein beschämendes Ende setzte. Diese Beschämung, diese erniedrigende Zumutung, gegen die wir doch von Anfang an machtlos waren, wäre Deutschland erspart geblieben, gerade, und nur, wenn die den realen Machtfaktoren Rechnung tragende Ansicht des Unterstaatssekretärs v. Gerlach vermocht hätte, die Regierung von ihrer hilflos immer wieder nach rechts schiebenden Politik des Sich-treibenlassens abzubringen.

So stehen die Dinge. Wenn es auch für die Herrschaften in Weimar peinlich sein mag, das anzuerkennen.

Ein unparteiliches Urteil.

Maximilian Harden schreibt in der „Zukunft“ nachstehende Zeilen über die deutschen Verbrechen:

51 Monate Herrschaft in Belgien mit getrennter Verwaltung, Raub von Rohmaterialien, von Maschinen, von Waren aller Art, von 3 Milliarden Bargeld oder Banknoten, Rechtsverletzungen, Zuchthausstrafen, zwangsweise Abschiebungen, und zuletzt noch Zerstörung der industriellen Städte, Plünderungen, Verwüstung von Nordfrankreich, von Kathedralen, von Denkmälern, von Hüttenwerken und Fabriken, von Obstdärten, Luftbombardements gegen das Völkerrecht, Torpedierungen von Handels- und Lazarettsschiffen, Pakte mit Irland und den Vlamen, Einführung von Bomben und Bazillen in neutrale Länder, überall Bestechung, Schmuggel, Diebstahl, geheime und öffentliche Rechtsverletzungen, Armeen mit dem Blut seiner Bevölkerung durchtränkt, und dies alles ohne eine einzige Stimme zugunsten Deutschlands.

(Auch in Polen haben die Deutschen nicht anders gehaust, wie das auch vielerseits aus deutschem Munde zugegeben worden ist.)

Briefkasten der Redaktion.

Die heute nicht aufgenommenen Zuschriften werden nach Möglichkeit in den nächsten Nummern berücksichtigt werden. Die geehrten Verfasser mögen nicht denken, dass hier eine Geringschätzung ihrer zum wesentlichen Teil vorzüglichen und sehr interessanten Ausführungen vorliegt, sondern es handelt sich lediglich um Platzmangel und Papiernot, wel-

diesem sowohl grossmütigen, als allerfrömmsten Könige sind stracks hernach gefolgt mit den ihnen anvertrauten Kriegsvölkern, die grossen Feldherren und Fürsten Wiśniowski und Radziwiłł und noch andere hohe Generale. Diese haben ihre Gezelte in unsäglichlicher Menge ausbreiten lassen, im Angesicht der Piekarer Kirche; das Kriegsvolk hat in der Piekarer Gegend gelagert, ja ohne allen Proviant oder Lebensmittel einen ganzen Tag und Nacht über allda verharret (sintemalen schon etliche Tage vorher aller Vorrat des Proviantes nach Tarnowitz zugeführt gewesen); mittlerweile war den ganzen Tag durch nichts anderes zu sehen, als ein unaufhörliches Auf- und Ablaufen aus dem Lager zur Kirche von dem Vornehmsten bis zum Allerniedrigsten.“

Alle fühlten, dass sie nur durch göttliche Hilfe den ernsthaften Kampf bestehen können. Die Beschreibung von der Entsetzung Wiens, so wie der fernere Krieg Sobieski's mit dem Hauptfeinde der Christenheit ist aus der Weltgeschichte hinreichend bekannt.

(Soweit der Bericht der „Chronick der Stadt Beuthen“; indessen wollen wir uns die Gelegenheit nicht entgehen lassen, denselben durch eine kurze Wiedergabe der historischen Ereignisse, und zwar nach Dr. Johannes Bumüller's Weltgeschichte, zu vervollständigen. Wir lesen dort über die Entsetzung Wiens u. a. folgendes:

Der Gross-vezier Kara Mustafa brach 1683 im Frühjahr auf und zog von den Heerhaufen Apafis und Tökölys begleitet, mit einem über 200 000 Mann starken Heere stracks auf Wien los (17. Juli). Die Besatzung Wiens, die von dem tapferen Grafen Starhemberg befehligt wurde, zählte nur 15 000 Soldaten, wurde aber von den Bürgern und den Studenten wacker unterstützt, so dass die Türken durch Geschützfeuer u. Minen die Festungswerke wohl allmählich in Trümmerhaufen verwandeln konnten, aber bei allen Stürmen blutig abgeschlagen wurden. Die Stadt war jedoch bereits auf das äusserste gebracht, und als das Entsatzungsheer endlich vorrückte, verkündete ihm Starhemberg durch die vom Stephansturm aufsteigenden Raketen die schwere Bedrängnis, zuletzt durch Feuergerben, dass ein Hauptsturm die Stadt den Türken in die Hände liefern könne. Am 12. September zog das christliche

che letztere es uns unmöglich macht, Beilagen zu drucken. — Auch die uns zugesandten Dichtungen sollen nicht unberücksichtigt bleiben.

Bei dieser Gelegenheit richten wir an unsere geschätzten Leser und Mitarbeiter die Bitte, nicht mit Bleistift, sondern mit Tinte und recht deutlich zu schreiben. Das erleichtert sowohl der Redaktion als auch den Setzern die Arbeit. Die undeutlich geschriebenen Artikel müssen für den Setzer genau korrigiert oder sogar noch einmal aufgeschrieben werden, wodurch der Aufschub der Veröffentlichung erfolgt.

— Nach Hohenlinde. Es erscheint uns unmöglich, dass Ihre Postanstalt von dem Bestehen des „Weissen Adlers“ noch nicht berichtet sein soll. Wir bitten den betreffenden Beamten darauf aufmerksam zu machen, dass der „W. Adler“ im Nachtrag III der Zeitungspreisliste eingetragen ist.

Verkaufsstellen des „Weissen Adlers“:

Gyömr: Buch- und Papierhandlungen: „Gazeta Opolska“, Oderstr. 6, O. Czok, Karlstrasse 1, Kandziora, Krakauerstrasse 41. Serzisko, Papierhandlung am Ring.

Gleiwitz: „Głos Śląski“, Wilhelmstr. 59. Julius Maas, Zeitungs-Spedition u. Vertrieb. A. Sebeta, Karlstrasse 6.

Beuthen: Julius Maas Zeitungs-Spedition u. Vertrieb. Königshütte: Aug. Müller, Kronprinzenstr. 37.

Kattowitz: „Górnolazak“, Querstr. Joh. Eichhorn, Querstr., Friedr. Tabak, Buch und Papierhandlung, Grundmannstr. 29.

Domb O.-S.: Joh. Budniok, Volksbüro.

Zaborze O.-S.: H. Brohl, Buchhandlung. Aug. Sarnes, Wörthstr. 3.

Ratibor O.-S.: T. Leszczyński, Kolonialwaren, Gr. Vorstadtstr. 35.

Fr. Makosz, Bolkoplatz 6.

Paulsdorf: Josef Slupianek, Kaiser-Wilhelmstr.

Lipine: Josef Kowol, Buchhandlung, Marktstr. 1.

Rudakammer: H. Kulpek,

Kunzendorf: Paul Benk.

Schoepfing: Albert Bartoschek, Buchhandlung, Schulstr. 4.

Mikultschütz: Karl Krzenkala.

Peromba: Martin Stabik, Saasskestr. 3.

Preiswitz b. Gleiwitz: Augustyn Poleczek II.

Myslewitz: Joh. Gasior, Güterbahnhof 7.

Schlesiengrube, Kr. Beuthen: Paul Kubesch, Buchh.

Friedenshütte: P. Niedurny, Kolpt. Buchhandlung.

Königshütte: Joh. Mathea, Colportage-Buchhandlung, Kronprinzenstr. 23. (Stellt dieses Blatt den Abonnenten ins Haus zu.)

Knarow O.-S.: Viktor Lossa, Friedrichstr.

Eichonau: Katharina Hmielorz, Bahnhofstr. 2. —

Jan Gintrowicz, Georg-Drogerie.

Bismarckhütte O.-S.: P. Karasch, Bismarckstr. 147.

Wer von den übrigen geschätzten Vertretern unserer Zeitschrift veröffentlicht zu werden wünscht, den bitten wir um gefällige Nachricht.

Beuthen.

(Fortsetzung.)

Sobieski.

Im Jahre 1683 ereignete sich folgende weltgeschichtliche Begebenheit:

Die Türken drangen unter dem Gross-Vezier Kara-Mustapha mit einem Heere von 200 000 Mann in Ungarn und Oesterreich ein und belagerten Wien. König Johann Sobieski von Polen kam den Oesterreichern zu Hilfe. Im August 1683 überschritt er die schlesische Grenze, erlachte in Deutsch-Piekar während der Octave des Festes Mariä-Himmelfahrt den Beistand der gnadenreichen Gottesmutter, soll daselbst einen silbernen Kelch geopfert haben und wendete sich von hier gen Ratibor. (Siehe Weltzel, Ratibor, Seite 202.)

„An der polnischen Grenze empfingen ihn die Stände zu Pferde, wohl ausgestaffiert. Der König fuhr auf einer Berlinischen Kalesse, mit 6 Falben bespannt. Was die Polen für schöne Pferde gehabt — fährt der Berichterstatter fort — kann ich nicht beschreiben. Der König ist ein sehr fetter Herr und von trefflichem Ansehen, hatte einen blau-goldstücke nen Unterrock an, worüber er in einem blauen Bande einen trefflichen Stern von Diamanten, welcher unschätzbar, auf der linken Seite, darüber einen braunen Rock von schönem holländischem Tuch u. auf der linken Seite oben einen Stern von lauter Perlen wie die grossen Erbsen, auf der rechten Seite aber eine grosse goldene Kette, allwo er ein goldenes Büchlein daran hatte, auf dem Haupte eine scharlachene schöne zobelne Mütze.

Sonst haltet der König scharfe Ordre und hat zu Tarnowitz ihrer Vier aufhenken lassen, welche geraubt; es bleibt doch nicht unterwegen.“

Die Feierlichkeit in Deutsch-Piekar wird in einem Buche, welches den Titel: „Mater admirabilis“ führt, folgendermassen geschildert:

„Der erste, welcher königliche Ehre der Himmlskönigin in Piekar erwiesen hat, ist gewesen der Allerdurchlauchtigste König Joannes III., welcher den 20. August 1680 nebst der Allerg. Königin und Königl. jungen Herrschaft, auch etlichen Bischöfen und unter Begleitung der vornehmen Herren des Reiches, von Beuthen aus nach Piekar kam. Hinter

Heer vom Kahlenberge auf Wien; es bestand aus 27 000 Kaiserlichen unter dem Herzog Karl von Lothringen, aus 12 000 Bayern und ebensoviel Sachsen, aus 9000 Schwaben, Franken und Hessen, sowie 27 000 Polen unter dem Heldenkönig Johannes Sobieski, dem die deutschen Heerführer den Oberbefehl überliessen. Als der Grossvezier am 12. September mit 183 000 Mann zur Schlacht auszog, liess er im Lager bei Hernalz 30 000 christliche Gefangene jeden Alters und Geschlechts niederhauen. Zwischen acht und neun Uhr begann die Schlacht; um zwei Uhr hatte der linke Flügel des christlichen Heeres den rechten des türkischen in heissen Kämpfen geworfen; um zwei Uhr griff auch der rechte und das Zentrum an; allein die polnische Reiterei wurde blutig abgewiesen. Um vier Uhr erstürmten die Sachsen und Oesterreicher die türkischen Stellungen bei Döbling und Währing; die sich wieder sammelnden Polen stürzten sich auf den weichenden Feind, der sich in wilder Flucht nach Ungarn ergoss und von der polnischen und österreichischen Reiterei verfolgt noch über 10 000 Mann verlor; 15 000 hatte er auf dem Schlachtfelde zurückgelassen, neben denen 4 bis 5 Tausend Mann polnische und deutsche Krieger lagen. Alles Geschütz und das ganze Lager wurde erbeutet. Wien hatte sich dreissig Tage gegen einen übermächtigen, mutigen, mit allem Belagerungsmaterial wohl ausgerüsteten Feind gehalten, der durch sein Geschützfeuer und einundvierzig auf- fliegende Minen die Werke in Schutthaufen verwandelte, gegen fünfzig Hauptstürme unternahm und 35 000 Mann seiner besten Truppen verlor, während von der Besatzung 14 000 Mann getötet oder verwundet wurden, und 20 000 Einwohner durch die feindlichen Kugeln, Krankheiten und Hunger umkamen. — Dieser grosse Sieg bei Wien erregte in der ganzen Christenheit grossen Jubel.

Der türkische Krieg dauerte noch lange und anfangs mit abwechselndem Glücke fort. Erst am 2. September 1686 wurde Ofen von den Reichstruppen unter der Anführung des Kurfürsten Max Emmanuel in einem grässlichen Sturme erobert, am 12. August 1687 das türkische Heer bei Mohacz auf das Haupt geschlagen.)

(Fortsetzung folgt.)